

IN KÜRZE

Neue Direktorin

Der Stadtrat hat Daniela Eberhardt zur Direktorin von Human Resources Management der Stadt Zürich gewählt. Sie tritt die Stelle im Finanzdepartement von Stadtrat Daniel Leupi am 1. September an. Sie hat sich nach einem anspruchsvollen Assessmentverfahren gegen 74 Mitbewerberinnen und Mitbewerber durchgesetzt und übernimmt die Nachfolge von Oliver Sack.

Bautätigkeit

Die Bautätigkeit in der Stadt Zürich liegt mit 1939 neuen Wohnungen auf einem hohen Niveau. Es wurden 2014 aber 20 Prozent weniger Neubauwohnungen fertiggestellt als noch 2013. Am Jahresende waren viele laufende Bauprojekte registriert. In den nächsten Jahren kann deshalb mit einem erneuten Anstieg gerechnet werden. Immer wichtiger wird der Ersatzneubau. 2014 wurden erstmals über 1000 Wohnungen abgebrochen.

Limmattalbahn

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt dem Kantonsrat, dem Staatsbeitrag für den Bau der Limmattalbahn zuzustimmen. Die Vorlage enthält Staatsbeiträge von brutto 755 Mio. Franken für die beiden Etappen Bahnhof Altstetten-Schlieren und Schlieren-Killwangen sowie einen Kredit von 136,3 Mio. Franken für Anpassungen am Strassennetz. Für den Kanton Zürich verbleiben Kosten von 510,3 Mio. Fr. GLP und SP bejahen das Projekt.

Zürifisch

Rund 710 Stadtzürcher Schulkinder haben an der ersten Quartierausscheidung für «De schnällscht Zürifisch» in fünf verschiedenen Schwimmanlagen teilgenommen. Dies sehr erfolgreich. Gleich 390 qualifizierten sich für den Halbfinal vom 28. März in Oerlikon.

Neubürgerfeier

Der Stadtrat von Zürich hat die im letzten Jahr eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer an einer Feier im Kongresshaus willkommen geheissen. 2014 erhielten 1951 Leute das Schweizer und das Zürcher Bürgerrecht, rund 200 weniger als im Jahr 2013. Sie stammen aus knapp 100 Herkunftsländern, wobei Deutschland mit 336 Eingebürgerten, Italien (181) und die Türkei (124) die Rangliste anführen.

Gebührensenkung

Der Bereich des Grundbuchs der Zürcher Notariate weist einen überdurchschnittlichen Deckungsgrad auf (2012: 244 Prozent, 2013: 208 Prozent). Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt deshalb dem Kantonsrat, die Grundbuchgebühren bei Eigentumsänderungen sowie bei der Errichtung oder Erhöhung von Grundpfandrechten von 1,5 Promille auf 1 Promille zu senken.



Beim Skaterpark in der Allmend Brunau soll eine Street-Workout-Anlage entstehen, wie das heute heisst. /s.

Auf zum Freiluft-Muskelpumpen

Lorenz Steinmann

Was man von kalifornischen Stränden her kennt, soll bald auch in Zürich möglich sein. Muskelpumpen unter freiem Himmel. Projektleiter Stefan Brunner von Grün Stadt Zürich bestätigt ein einsprechendes Vorhaben, das im «Tagblatt der Stadt Zürich» ausgeschrieben ist. «Es handelt sich um eine Street-Workout-Anlage, ein Trendsport, der immer mehr An-

hänger findet», erklärt Brunner. Es gehe um Ganzkörperübungen und die Kräftigung der wichtigsten Muskelgruppen mit dem eigenen Körpergewicht. Als Zielgruppen sieht die Stadt weniger Bodybuilder als vielmehr Jogger, die hier ihr Muskeltraining absolvieren können.

Geplant ist, die Anlage, die auch Übungsanleitungen auf Tafeln beinhalten soll, nach den Sommerferien in Betrieb zu nehmen. Weil die Anla-

ge neben dem Skaterpark in Richtung Saalsporthalle positioniert wird und so Anwohner und Hündeler wenig zu stören schein, nimmt die Stadt Zürich an, dass Rekurse gegen das Projekt eher ausbleiben. Die Idee stammt vom Sportamt und vom ASVZ (Akademischer Sportverband Zürich). Projektleiter Stefan Brunner ist bei Grün Stadt Zürich tätig. Die Kosten schätzt Brunner auf etwa 55 000 Franken.

AUS DEM GEMEINDERAT

«Langsamverkehr» auf Kosten von Sicherheit und Gesundheit?

Albert Leiser

Im Rahmen der Bemühungen der rot-grünen Mehrheit der Stadt Zürich, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, werden verschiedene Massnahmen getroffen wie etwa die Einführung von Tempo-30-Zonen oder der Bau von Kaphaltestellen. Unbestritten ist, dass Polizei, Feuerwehr und Ambulanz auch weiterhin im Notfall mit Blaulicht und Martinshorn und schneller als erlaubt ans Ziel fahren dürfen. Das ist auch richtig so, Gesundheit und Sicherheit müssen weiterhin eine höhere Priorität geniessen als die Reduktion des Verkehrs. Ich frage mich aber, ob dies aufgrund der Verkehrsberuhigungsmassnahmen denn langfristig überhaupt noch möglich ist.

Kritische Situation in Haltestelle

Vor Kurzem spielte sich sozusagen vor meinem Büro eine Szene ab, die bei mehr Verkehrsaufkommen sicher anders, schlechter, ausgegangen wäre: Zurzeit werden in der Albisstrasse zwischen Post Wollishofen und Morgental Leitungen erneuert, gleichzeitig wird auch die Tramhaltestelle Post Wollishofen saniert. Dies mit dem Resultat, dass diese Tramhaltestelle momentan wie eine Kaphaltestelle funktioniert: Der Verkehr wird zwingend über die Tramgleise geführt; fährt ein Tram durch die Haltestelle, müssen die Autos hinter dem Tram warten, bis dieses durch ist.

Nun bogen an einem Mittwochmorgen Ende Januar kurz vor 7 Uhr

zwei Polizeifahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn von der Seestrasse kommend mit hohem Tempo in die Albisstrasse ein und wollten Richtung Morgental fahren. Just in diesem Moment war ein 7er Tram ebenfalls in Richtung Morgental unterwegs und fuhr praktisch vor den Fahrzeugen der Polizei in die provisorische Haltestelle Post Wollishofen ein.

Um rasch vorwärtszukommen, überholte der vordere Polizeiwagen das Tram auf der linken, also entgegenkommenden Trampspur. In diesem Augenblick fuhr ein Personenwagen vom Morgental her kommend ebenfalls – aber in Gegenrichtung – in die «Haltestelle» hinein. Dies mit dem Resultat, dass auf der einen Spur das Tram fuhr und auf der anderen sich ein Polizei- und ein Personenwagen plötzlich diametral gegenüberstanden. Da um diese Zeit wenig Verkehr herrschte, fuhr der Personenwagen einige wenige Meter rückwärts und liess die beiden Polizeiwagen durch, die mit Blaulicht weiter Richtung Morgental brausten.

Ich bezweifle, ob diese Situation zu einem späteren Zeitpunkt des Tages ebenfalls so glimpflich verlaufen wäre. Ich bin sicher, dass bei mehr Verkehr die beiden Polizeifahrzeuge das Tram so nicht hätten überholen können. Die Polizei hätte also hinter dem Tram warten müssen, bis dieses weitergefahren und das Hindernis wieder freigegeben hätte.

Nach dieser frühmorgendlichen Beobachtung fragte ich mich, wie es denn in Zukunft generell mit der Anfahrt von Notfallfahrzeugen aussehen



«Massnahmen zur Verkehrsberuhigung sollte man sehr kritisch hinterfragen»

Albert Leiser, Gemeinderat FDP

wird. Bei höherem Verkehrsaufkommen wird es in Zukunft vor den Kaphaltestellen zum Rückstau des privaten Verkehrs kommen. Dies im Gegensatz zu früher, wo Notfallfahrzeuge Tramhaltestellen zum Überholen nutzten und so sicher wertvolle Zeit gewinnen konnten. Werden Feuerwehrwagen, Sanität und Polizei in Zukunft also bei jeder Kaphaltestelle hinter dem Tram warten müssen?

Ähnliche Situation in Albisrieden ...

Eine verkehrstechnisch ähnlich kritische Situation entsteht rund um das Albisriederhaus bei der Bus- und Tramhaltestelle Fellenbergstrasse.

AUF EIN WORT

Thomas Hoffmann



Der Slogan «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» war zwar ein wohlklingendes Legislaturziel des Stadtrats – aber es versprach mehr als es hielt. Die Altstetter haben das beim Tram 2 hautnah miterlebt. Hätte Hans Diem nicht zum Widerstand aufgerufen – das Tram 2 würde das Quartierzentrum links liegen lassen.

Nun stehen weitere wichtige Projekte an, wobei die Stadt das Quartier frühzeitig mit einbezie-

Prioritäten setzen

hen will. Das ist keinem Slogan zu verdanken, sondern Stadtrat Filippo Leutenegger. Aber wie lange wird er im Amt bleiben? Sollte Leutenegger bei den nächsten Wahlen nochmals antreten, wird er wohl eher Stadtpräsident als Tiefbauvorsteher.

Altstetten braucht also eine Organisation, die sich frühzeitig selbst mit der Quartierentwicklung auseinandersetzt und die als Ansprechpartner für die Stadt dient. Das ist die Aufgabe des Quartiervereins. Aber der winkt ab, da ihm die Ressourcen fehlen. Also muss man ihm unter die Arme greifen, sowohl personell wie auch finanziell. Zudem muss sich der Quartierverein fragen, wo er Prioritäten setzen will: Räbeliechtl-Umzüge können auch andere Vereine organisieren.